

III-30 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

**BERICHT DER BUNDESREGIERUNG ÜBER DIE ÖSTERREICHISCHE
INTEGRATIONSPOLITIK**

14. März 1972

(Stand Ende Februar 1972)

Die Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften betreffend den Abschluß eines Abkommens zur dauernden Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs mit den EG (Globalabkommen) wurden, nachdem der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften am 1. Februar 1972 das noch erforderliche ergänzende Verhandlungsmandat erteilt hatte, in den nachstehend angeführten Arbeitsgruppen fortgesetzt:

- Arbeitsgruppe I: Probleme des industriell-gewerblichen Sektors
- Arbeitsgruppe II: Probleme des Landwirtschaftssektors
- Arbeitsgruppe III: Prozedurale und juristische Fragen
- Arbeitsgruppe IV: Probleme des Eisen- und Stahlsektors (EGKS)

Mit Ausnahme der Arbeitsgruppe I, die noch am 8. März 1972 zu einer 2. Sitzung zusammentreten wird, haben die Arbeitsgruppen ihre Arbeiten vorerst abgeschlossen. Bei der am 21./22. März 1972 in Brüssel stattfindenden 2. Plenarsitzung werden die von den Arbeitsgruppen erzielten Ergebnisse weiterverhandelt werden.

Die Kommission wird dem EG-Ministerrat auf Grund der Ergebnisse der 2. Verhandlungsrunde berichten. Der Ministerrat wird sich voraussichtlich Anfang Mai mit diesem Bericht befassen.

Der Herr Bundeskanzler hat in den letzten zwei Februar-Wochen die Hauptstädte Frankreichs, Großbritanniens, Belgiens, der Niederlande, der BRD, sowie Luxemburgs besucht. Hierbei wurden seitens des Herrn Bundeskanzlers gegenüber den Regierungschefs der genannten Staaten sowie den Spitzenfunktionären der EWG-Kommission die politischen Gesichtspunkte eingehend dargelegt, welche den baldigen Abschluß eines den wirtschaftlichen Erfordernissen Österreichs entsprechenden Vertrages mit den EG notwendig

erscheinen lassen. In diesem Zusammenhang wurde auf das in manchen Punkten derzeit noch unbefriedigende Angebot der EG hingewiesen und der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß speziell die Fragen der "sensiblen Produkte", der "Einbeziehung des landwirtschaftlichen Sektors" sowie der "Ursprungsregeln" einer den österreichischen Interessen entsprechenden Lösung zugeführt werden.

Eine den gleichen Zweck verfolgende Reise nach Rom ist für die nächste Zeit in Aussicht genommen.

Den österreichischen Anliegen wurde seitens der Gesprächspartner grundsätzlich Verständnis entgegengebracht, wobei jedoch einerseits die gegenwärtige günstige wirtschaftliche Situation Österreichs und andererseits die für einzelne Wirtschaftszweige der EWG-Staaten bestehenden besonderen Schwierigkeiten hervorgehoben wurden. Gleichzeitig wurde mit Nachdruck auf die spezielle Problematik des Landwirtschaftssektors der EWG hingewiesen.